

KAHLSCHLAG BEI BONNY-GEBIETEN ODER VON GALMIZ DIREKT INS WATERLOO

Wo der Erfolg ist, sind auch die Neider nicht fern. So verwundert es kaum, dass die wirtschaftlich erfolgreiche Schweiz gegenwärtig einem von den benachbarten Hochsteuerländern inszenierten Powerplay ausgesetzt ist. Die Kritik der EU richtet sich namentlich gegen die Steuerregimes der Kantone bezüglich Holdings, gemischten Gesellschaften und Domicilgesellschaften. Der Bundesrat ist bisher mit vorbildlicher Geschlossenheit aufgetreten. Doch was passiert nun?

Fragwürdiger Kahlschlag bei Bonny-Gebieten. Das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement geht her und reduziert gemäss Vorschlag des *Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco)* die nach der Lex Bonny definierten wirtschaftlichen Erneuerungsgebiete radikal. Die urbaneren Gebiete fallen weg. Stimmt der Bundesrat dieser Verordnung zu, dürften die Folgen fatal sein. Denn die Schweiz verliert damit einen Grossteil jener Gebiete, in denen die Ansiedlung ausländischer Hightechunternehmen dank den gewährten Steuererleichterungen überhaupt erst ermöglicht worden ist.

Gesetzgeber durch Verwaltung ausgehebelt! Der ursprüngliche Sinn des Bonny-Beschlusses und damit auch der Beschluss der gesetzgebenden Eidg. Räte zur Regionalpolitik werden mit der Quasi-Halbierung der wirtschaftlichen Erneuerungsgebiete ausgehöhlt oder gar ad absurdum geführt. Beides ist völlig inakzeptabel! Es kann nicht angehen, dass das Seco den klaren Willen des Parlaments in einer Verordnung umgeht. Die Legislative hat dem Bundesgesetz über die Regionalpolitik vom 6. Oktober 2006 insbesondere auch unter der Prämisse einer sinngemässen Weiterführung des kurz zuvor revidierten Bonny-Beschlusses zugestimmt.

Neue Abgrenzungskriterien erfunden. Die ursprüngliche Idee der Lex Bonny bestand darin, jenen Regionen zu helfen, die unter dem Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft besonders viele Arbeitsplätze verloren hatten. Mit dabei sind auch besonders struktur- und einkommenschwache Berg- und Voralpengebiete. Nach heutigem Regime leben 27% der Leute in wirtschaftlichen Erneuerungsgebiete-



HANNES GERMANN,
STÄNDERAT, PRÄSIDENT
DER KOMMISSION
FÜR WIRTSCHAFT
UND ABGABEN DES
STÄNDERATES (WAK-S),
OPPERTSHOFEN/SH

ten. Neu soll der Perimeter nur noch Gebiete umfassen, in denen lediglich 10% der Bevölkerung leben. Wie ist ein derartiger Kahlschlag überhaupt möglich? Ganz einfach, man lässt eine Studie erstellen (CS Research im Auftrag des Seco), nimmt ein neues Abgrenzungskriterium (verkehrstechnische Erreichbarkeit) hinzu, gewichtet dieses überdurchschnittlich stark – und schon sind die urbaneren Erneuerungsgebiete weg vom Fenster.

Neid im eigenen Land als Auslöser? Natürlich ist, wo Ansiedlungserfolge verbucht und gefeiert werden, auch bei uns der Neid unter Nachbarn nicht ganz auszuschliessen. Die kantonalen Wirtschaftsförderer stehen schliesslich in einem harten Wettbewerb. Dass man in Wirtschaftszentren wie Zürich, Basel, Bern, Lausanne oder Genf den in den Bonny-Gebieten gewährten Steuererleichterungen skeptisch gegenüberstand und -steht, ist verständlich. Aber es soll hier niemandem etwas unterstellt werden, denn regionalpolitische Förderinstrumente können wegen ihrer wettbewerbsverzerrenden Wirkung auch grundsätzlich in Frage gestellt werden. Immerhin fällt nun auf, dass auf der neuen Karte mittelgrosse Städte wie Neuenburg, Biel, Fribourg oder auch Schaffhausen sowie das Gebiet zwischen Lausanne und Genf fehlen. «Es ist unverständlich, diese Regionen um die Möglichkeit von Steuererleichterungen zu bringen», wird denn auch KPMG-Steuerexperte *Pierre-Olivier Gehrig* zitiert (TA vom 10. Juli 2007). Wie recht er doch hat!

Ein klassisches Eigentor. Schlimmer noch: Wegen verletzter Eitelkeiten im eigenen Land sind wir drauf und dran, ein klassisches Eigentor zu schießen. Wir geben mit der Möglichkeit für Steuererleichterungen mitten im bisher erfolgreichen Kampf gegen das Powerplay der EU leichtfertig einen wichtigen, wenn nicht den wichtigsten Trumpf im Steuerstreit aus der Hand, indem wir die wirtschaftlichen Erneuerungsgebiete auf die Alpen und das Jurahochland reduzieren. Jene Unternehmen, die in eine Kernstadt wollen, tun dies. Nicht alle können sich das leisten, es haben auch nicht alle Platz an der Zürcher Bahnhofstrasse. Aber eine gewisse Nähe zu den Zentren (z. B. Flughafen) oder auch zu den Universitäten und Hochschulen ist immer von Bedeutung. Kombiniert mit günstigerem Land und tieferen Immobilienpreisen kann dies die Schweiz heute in erster Linie in nicht allzu entlegenen Bonny-Gebieten anbieten.

Schweiz im globalen Wettbewerb. Und jene, welche die Nähe zu einem Zentrum suchen, gehen – auch mit Steuererleichterungen – nicht in die reizvollen Tourismusdestinationen Domleschg, Val de Travers oder ins Obergoms. Wo nur 10% der Leute leben, ist schlicht das Reservoir an Arbeitskräf-

ten zu klein. Und noch etwas hat uns der Fall Galmiz gelehrt: Matchentscheidend ist am Schluss nicht die Frage, ob Galmiz oder Yverdon, also Fribourg oder die Waadt. Am Schluss geht es einzig und allein um den Entscheid für oder gegen einen Standort in der Schweiz.

Bonny-Trumpf nicht verspielen. Darum sollte man bei der Diskussion um die Bonny-Gebiete den Kantönlicheist vergessen und die unter Leistungsdruck stehenden Wirtschaftsförderer ignorieren – und im nationalen Interesse entscheiden. Der Biotechnologie-Konzern Amgen hat sich leider schon

entschieden: Die 1500 hochwertigen Arbeitsplätze befinden sich in Irland. Dort werden auch die USD 1,2 Mrd. Umsatz generiert, und dort versteuern die Angestellten ihre Einkommen. Irland ist ein harter Konkurrent, der steuergünstiger ist als die Schweiz und notfalls sogar – ganz nach dem Vorbild der EU – im legalen Rahmen einer weitreichenden Regionalpolitik mit grosszügigen Investitionsbeihilfen nachhelfen kann. Fazit: Niederlagen gehören zum harten Business. Aber wenigstens die richtigen Lehren sollte man daraus ziehen. Verspielen wir den Bonny-Trumpf leichtfertig im Inland, droht im Steuerstreit mit der EU ein Waterloo. ■